

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Zukunft und möglicher Verkauf des ehemaligen Statistischen Amts auf dem Schoettle-Areal in Stuttgart-Süd

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde trotz mehrjähriger Gespräche zwischen Stadt und Land bislang keine Freigabe zum Verkauf des ehemaligen Statistischen Amts durch das Land erteilt?
2. Ist eine Entscheidung getroffen worden, das Gebäude dauerhaft im Eigentum des Landes zu behalten (unter Angabe von Gründen)?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich für den weiteren Umgang mit der Immobilie, dass die Stadt Stuttgart aufgrund ihrer Haushaltslage derzeit kein Interesse mehr am Erwerb des Gebäudes zeigt?
4. Welche neuen Erkenntnisse hat sie bzgl. der Prüfung des Standorts bzgl. einer potenziellen Eignung sowie Untauglichkeit für eine LEA oder EA gewonnen (unter Angabe der jeweiligen Begründung bzgl. einer Eignung oder Untauglichkeit)?
5. Welche weiteren Nutzungsmöglichkeiten hat das Land neben der Einrichtung einer LEA für das Gebäude geprüft oder prüft sie derzeit?
6. Inwiefern wird die Stadt Stuttgart in Entscheidungsprozesse über die künftige Nutzung des Gebäudes einbezogen?
7. Wie sieht der Zeitplan für die künftige Nutzung, die weitere Prüfung, den Erhalt oder die Veräußerung des Gebäudes aus?
8. Erwägt sie das Gebäude an private Investoren zu veräußern?
9. Welche Ergebnisse hat das beauftragte externe Gutachterbüro hinsichtlich des Werts des Grundstücks Schoettle-Areal, der Liegenschaft auf dem Grundstück sowie der Abrisskosten des Schoettle-Areals vorgelegt (bitte jeweils unter Angabe des genauen Betrags in Euro sowie des Zeitpunkts der Erstellung des Gutachtens)?
10. Sollten Ergebnisse des Gutachtens noch nicht vorliegen: Bis zu welchem Datum rechnet sie damit?

06.05.2025

Haag FDP/DVP

Begründung

Das ehemalige Gebäude des Statistischen Amtes in der Böblinger Straße 68 in Stuttgart-Süd befindet sich seit mehreren Jahren in einem unklaren Status. In der Ausgabe 5/2025 des Süd-Blättle wird berichtet, dass das städtische Finanzreferat angesichts einer veränderten Haushaltslage das Investitionsvolumen begrenzen wolle und die Verwaltung deshalb vorerst vom Erwerb Abstand nehme. Gleichzeitig wird Finanzbürgermeister Fuhrmann mit der Aussage zitiert, dass das Land die Veräußerung des Gebäudes bislang nicht freigegeben habe. Vor dem Hintergrund der haushalts- und stadtentwicklungspolitischen Bedeutung des Objekts sowie der öffentlichen Debatte besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an Klarheit über die künftige Nutzung und den Stand der Entscheidungsprozesse.